



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 3/2005

**abgeschlossen am  
22. März 2005**

	<u>Seite</u>
<b>1. Budget-Resolution 2006 im Vermittlungsausschuss</b>	<b>1</b>
<b>2. Repräsentantenhaus verabschiedet Ergänzungshaushalt</b>	<b>2</b>
<b>3. Senat für Ölförderung in Alaskas Naturschutzgebiet</b>	<b>3</b>
<b>4. Senat verabschiedet Insolvenzrechtsreform</b>	<b>4</b>
<b>5. Repräsentantenhaus verabschiedet Verkehrswegegesetz erneut</b>	<b>5</b>
<b>6. Senat lehnt Erhöhung des Mindestlohns ab</b>	<b>6</b>
<b>7. Wachsender Widerstand gegen <i>Medicare</i>-Kürzungen</b>	<b>7</b>
<b>8. Senatsausschuss blockiert Emissionsgesetz</b>	<b>8</b>
<b>9. Republikaner drohen mit Einschränkung des <i>Filibuster</i></b>	<b>9</b>
<b>10. Sarbanes kündigt Rückzug aus dem Senat an</b>	<b>10</b>

**3/2005**



## 1. Budget-Resolution 2006 im Vermittlungsausschuss

Repräsentantenhaus und Senat haben am 17. März 2005 ihre jeweiligen Entwürfe zur Budget-Resolution 2006 (Fiscal Year 2006 Budget Resolution) verabschiedet. Im Senat erfolgte die Entscheidung (*Senate Concurrent Resolution 18*) mit der hauchdünnen Mehrheit von 51:49 Stimmen. Im Repräsentantenhaus fiel das Abstimmungsergebnis mit 218:214 Stimmen (*House Concurrent Resolution 95*) ebenfalls knapp aus.

Kontrovers wurden in beiden Kammern besonders die im Haushaltsentwurf des Weißen Hauses (vgl. CR 2/2005, S. 1) enthaltenen Kürzungen im Bereich des *mandatory spending* diskutiert.

Dieser Ausgabenbereich macht derzeit etwa 55 Prozent des US-amerikanischen Bundeshaushalts aus und umfasst gesetzlich festgelegte Programme (*entitlements*) wie *Social Security*, *Medicare* und *Medicaid*.

Nach den Vorstellungen der Administration sollen in diesem Bereich zwischen 2006 und 2010 Kürzungen erfolgen, die der Verringerung des Haushaltsdefizits zugute kommen sollen. Die Administration möchte das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2010 in etwa auf einen Umfang von 200 Mrd. USD zurückführen (eine Halbierung gegenüber dem derzeitigen Zustand).

Im Senat sind die geplanten Kürzungen im Bereich des *mandatory spending* bei den oppositionellen Demokraten und einigen moderaten Republikanern auf heftige Kritik gestoßen und so verwundert es nicht, dass sich die Kammer im Rahmen ihrer Verabschiedung der Budget-Resolution 2006 gegen Kürzungen in Höhe von 14 Mrd. USD bei *Medicaid*, dem Krankenversicherungsprogramm des Bundes für einkommensschwache Familien, aussprach (vgl. auch Punkt 7).

Kritik gab es in beiden Kammern auch an der von Bush anvisierten Prioritätensetzung im Bereich des *discretionary spending*. Während die verteidigungsrelevanten Ausgaben in diesem Bereich im nächsten Haushaltsjahr um 4,7 Prozent steigen sollen, sind beim so genannten *non-defense discretionary spending* Einsparungen anvisiert. Demokraten wie David Obey (Wis.) im Repräsentantenhaus haben diese Vorgehensweise sowohl „ökonomisch als auch moralisch“ scharf kritisiert und Korrekturen verlangt.

Dies hat das Repräsentantenhaus freilich nicht davon abgehalten, sich mit knapper Mehrheit für eine Begrenzung des *discretionary spending* auf 843 Mrd. USD auszusprechen und Kürzungen in Höhe von 68 Mrd. USD im Bereich des *mandatory spending* (2006-2010) zu verabschieden. Gleichzeitig sollen in diesem Zeitraum Steuererleichterungen in Höhe von 106 Mrd. USD erfolgen.

Der Senat hat sich in seiner Budget-Resolution 2006 ebenfalls für eine Begrenzung des *discretionary spending* auf 843 Mrd. USD ausgesprochen und plädiert zwischen 2006 und 2010 für Steuererleichterungen in Höhe von 134 Mrd. USD.

Nun müssen sich beide Kammern im Vermittlungsausschuss auf eine gemeinsame Vorlage einigen, was allerdings erst nach einer traditionellen zweiwöchigen Osterpause im April der Fall sein wird.

In der Regel soll die Budget-Resolution, mit welcher der Congress nach Maßgabe des *Budget and Impoundment Control Act* jährlich den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse in beiden Kammern absteckt, bis zum 15. April eines Jahres vorliegen.

Zwar ist die jährliche Budget-Resolution im Hinblick auf die Einnahmen- und Ausgabenfestlegungen des Bundes in den USA nicht bindend, enthält aber gleichwohl wichtige Makroaussagen zur Haushaltspolitik der Legislative, der laut Verfassung die alleinige „power of the purse“ obliegt.

## **2. Repräsentantenhaus verabschiedet Ergänzungshaushalt**

Das Repräsentantenhaus hat am 16. März 2005 mit großer überparteilicher Mehrheit (388:43 Stimmen) einen Ergänzungshaushalt in Höhe von 81,4 Mrd. USD verabschiedet (*Emergency Supplemental Appropriations, House Report 109-16*).

Er soll im Wesentlichen den laufenden militärischen Operationen im Irak und Afghanistan zugute kommen, für die das Repräsentantenhaus

- 76,8 Mrd. USD bewilligt hat, 1,8 Mrd. USD mehr als von Präsident Bush ursprünglich verlangt (vgl. CR 2/2005, S. 6).

Die zusätzlich bewilligten Mittel sollen insbesondere für den Ersatz militärischer Fahrzeuge sowie für bessere Schutzvorrichtungen eingesetzt werden. „Wir glauben“, so C. W. Bill Young (Fla.), der republikanische Vorsitzende des *Defense Appropriations Subcommittee* im Repräsentantenhaus, „dass es Bereiche gibt, die angesprochen werden müssen, um die Sicherheit unserer Truppen zu verbessern.“

Im Einzelnen sieht die Entscheidung des Repräsentantenhauses u.a. vor:

- 18,2 Mrd. USD für die Beschaffung bzw. den Ersatz militärischen Geräts für die im Irak und in Afghanistan stationierten Streitkräfte;
- 37,2 Mrd. USD für die Einsatzbereitschaft der US-Truppen vor Ort;
- 15,5 Mrd. USD für die mit den Einsätzen im Irak und in Afghanistan verbundenen Personalausgaben.

Während das Repräsentantenhaus bei den Mittelbewilligungen für die US-Streitkräfte über die Anforderungen des Präsidenten hinausging, wurden im Bereich der Auslandshilfe Kürzungen vorgenommen.

Gestrichen wurden zum einen die von Präsident Bush geforderten Mittel in Höhe von 592 Mio. USD zum Bau eines Botschaftsgebäudes in Bagdad. Nicht bewilligt wurden darüber hinaus 570 Mio. USD für Wiederaufbaumaßnahmen im Irak. Über diese beiden Ausgabenposten soll im Rahmen des laufenden Bewilligungsprozesses für das kommende Haushaltsjahr 2006 entschieden werden. Anderenfalls würde „der Ergänzungsbewilligungsprozess unterminiert und der eigentliche Zweck der Gesetzesvorlage verkehrt“, so Tom Feeney (Fla.), Mitglied des *Republican Study Committee*.

Die Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses sieht im Bereich der Wirtschaftshilfe 200 Mio. USD für die West Bank und den Gazastreifen sowie im Bereich der Militärhilfe 150 Mio. USD für Pakistan und 100 Mio. USD für Jordanien vor. Für die Opfer des Seebebens in Südostasien im Dezember 2004 wurden 656 Mio. USD bewilligt.

Ferner beschloss das Repräsentantenhaus auf Betreiben von C.W. Bill Young (R-Fla.) und John P. Murtha (D-Pa.) die Versorgungszahlungen für die Familienangehörigen von im Irak getöteten US-Soldaten von jeweils 12.000 auf 100.000 USD zu erhöhen. Außerdem soll der Abschluss von Lebensversicherungen für Militärangehörige in Höhe von bis zu 400.000 USD pro Person mit staatlichen Zuschüssen gefördert werden. Die in diesem Zusammenhang kalkulierten Kosten von ca. 300 Mio. USD sind allerdings über den nun beschlossenen Ergänzungshaushalt des Repräsentantenhauses nicht abgedeckt.

### **3. Senat für Ölförderung in Alaskas Naturschutzgebiet**

Mit knapper Mehrheit hat der Senat Mitte März 2005 die Streichung einer Passage aus der Budget-Resolution für das kommende Fiskaljahr (siehe Punkt 1) abgelehnt, welche die umstrittene Ölförderung im *Arctic National Wildlife Refuge* (ANWR) erlaubt.

Gegen die Streichung der Bestimmung stimmten 48 republikanische und 3 demokratische Senatoren, dafür 41 Demokraten und 7 Republikaner.

Die Öffnung der Naturschutzgebiete für die Ölförderung ist ein zentraler Bestandteil von Präsident Bushs Konzept einer umfassenden Energiepolitik, die auf die Sicherung der nationalen Energieversorgung zielt (vgl. CR 1/2005, S. 3 und 6/2004, S. 5).

Bisher war die Verabschiedung der Energiepolitik jedoch an der demokratischen Opposition und Vorbehalten einer Reihe gemäßigt konservativer Republikaner im Senat gescheitert. An erster Stelle standen dabei Naturschutzbelange, die von den Kritikern angeführt wurden.

Die Befürworter der Ausbeutung der Ölvorkommen in den Naturschutzgebieten erwarten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der nationalen Ölförderung, wodurch die Abhängigkeit von Importen vermindert, das Außenhandelsdefizit gesenkt und Wachstumsimpulse gesetzt werden sollen.

Die Gegner der Öffnung des *Arctic National Wildlife Refuge* für die Ölförderung halten dagegen die offiziellen Schätzungen über die vorhandenen Reserven für übertrieben und sehen keine nennenswerte Verbesserung der Ölversorgung und der Preisentwicklung. Sie halten es nicht für gerechtfertigt das nationale Naturerbe zu gefährden.

Die Stärkung der republikanischen Mehrheit im Senat in den zurückliegenden Wahlen hat jedoch die Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage sichtlich verändert (vgl. CR 11-12/2004, S. 9).

Die Beibehaltung der Bestimmung als Teil der jährlichen Budget-Resolution ermöglicht es der republikanischen Mehrheit zudem, ein drohendes demokratisches *Filibuster*, das eine Abstimmung durch unbefristete Fortsetzung der Debatte verhindert, abzuwenden.

Allerdings bindet dieses Geschäftsordnungsmanöver die Öffnungsbestimmung an eine Annahme der Budget-Resolution durch beide Kammern, die wie im Vorjahr noch an anderen Fragen scheitern könnte.

#### **4. Senat verabschiedet Insolvenzrechtsreform**

Der Senat hat am 10. März 2005 nach fast zweiwöchiger Debatte mit 74:25 Stimmen eine Reform des Insolvenzrechts verabschiedet (*Federal Bankruptcy Code Overhaul*, S 256).

Der Entscheidung war eine massive Lobbying-Kampagne von Finanzwirtschaft und Banken in den USA vorausgegangen, die sich in den letzten Jahren immer wieder vehement für eine Novellierung des Insolvenzrechts stark gemacht haben. Besonders Kreditkartenfirmen drängen darauf, dass Schuldner in laufenden Insolvenzverfahren zur stärkeren Schuldentilgung gezwungen werden müssen.

Im Rahmen seiner Novelle des *Federal Bankruptcy Code* sprach sich der Senat nun für einen sogenannten „means test“ aus, der vorsieht, dass säumige Schuldner nach Abzug einer Lebensunterhaltungspauschale zur Tilgung von jeweils wenigstens 6.000 USD gezwungen werden können. Dadurch sollen vor allem Insolvenzverfahren im Rahmen von Kreditkartenverträgen mit einem stärkeren Haftungszwang versehen werden.

Die vom Senat beschlossene Reform sieht ferner u.a. vor, dass

- Immobilienwerte nur noch bis maximal 125.000 USD von einer Pfändung ausgenommen werden können;
- der Schuldenerlass im Rahmen eines weiteren Insolvenzverfahrens erst vier Jahre nach der erfolgten Konkursöffnung erfolgen kann, wodurch wiederholter Konkursbetrug bekämpft werden soll;
- kleine Unternehmen mit Verbindlichkeiten von unter 2 Mio. USD schärferen konkursrechtlichen Bestimmungen unterworfen werden;
- die Schuldnerberatung durch das Office of the U.S. Trustee verbessert wird;
- Unterhaltszahlungen vom Schuldenerlass nach Kapitel 7 des US-Konkursrechts ausgenommen sind;
- Kreditkartenunternehmen ihre Kundeninformationen für Kreditmodalitäten verbessern müssen.

Die Befürworter des Reformgesetzes wie *Majority Whip* Mitch McConnell (R- Ky) feierten die Entscheidung als „einen großen Tag für den Senat“ und einen „weiteren Sieg“ für die republikanische Mehrheitsfraktion, die Zusätze zur Gesetzesvorlage im Rahmen der Beratungen im Plenum geschickt zu verhindern wusste.

Gegner der Entscheidung wie *Minority Whip* Richard J. Durbin (D-Ill.) brandmarkten die Reform als einen Sieg von Kreditkartenunternehmen über Verbraucherinteressen. Den Republikanern warfen sie vor, dass das Gesetz dazu gemacht sei, „den Kreditkartenunternehmen mehr und mehr Profite“ zu ermöglichen, wie Edward M. Kennedy (D-Mass.) es formulierte, was von Reformbefürwortern wie Orrin G. Hatch (R-Utah) als blanker „Populismus“ abgetan wurde.

## **5. Repräsentantenhaus verabschiedet Verkehrswegegesetz erneut**

Das Repräsentantenhaus hat am 10. März 2005 nahezu einstimmig eine Neuaufgabe des bereits im letzten Jahr ausgelaufenen Verkehrswegegesetzes verabschiedet, dass Bundesmittel in Höhe von 284 Mrd. USD für die nächsten sechs Jahre in Aussicht stellt.

417 Abgeordnete stimmten für die Vorlage; nur 9 konservative Republikaner sprachen sich aus Gründen der Haushaltsdisziplin gegen die Annahme aus.

Die Einigung auf ein Kompromisspaket war im Vorjahr unter den Vorzeichen der harten zwischenparteilichen Auseinandersetzungen und an den weit auseinander liegenden Vorstellungen über das Finanzierungsvolumen gescheitert (vgl. CR 1/2005, S. 3).



Zwischen den vorgesehenen Ausgabenansätzen von Administration, Repräsentantenhaus und Senat klaffte eine Lücke von mehr als 50 Mrd. USD (vgl. CR 4/2004, S. 4 und 2/2004, S. 5), die sich im Wahljahr ungeachtet der hohen wirtschaftspolitischen Bedeutung der Gesetzesnovelle nicht überbrücken ließ.

Das Ausgabenvolumen der neuen Vorlage des Repräsentantenhauses liegt nun näher an der von der Administration vorgegebenen Zielmarke.

Obwohl Abgeordnete beider Parteien bemängelten, die Planungsvorgaben blieben hinter den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Nation zurück, sind gegenüber dem zuletzt 1998 novellierten Gesetz Erhöhungen der Ausgaben von etwa 40 Prozent anvisiert.

Kritiker bemängeln den vorgesehenen Ausgabenumfang und verweisen auf zahllose besonders ausgewiesene Einzelprojekte, die einzelnen Wahlkreisen und Staaten zugute kommen sollen.

Die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage des Senats zur Novellierung des Verkehrswegesetzes steht noch aus. Ungeachtet der zuletzt geforderten Verkehrsausgaben, die deutlich über den Ansätzen von Administration und Repräsentantenhaus lagen, wird noch im laufenden Jahr mit einem Kompromiss gerechnet.

Den Senatoren kommt entgegen, dass das Repräsentantenhaus eine Öffnungsklausel in seinen Gesetzentwurf aufgenommen hat, die eine Erhöhung der Mittel für 2006 in Aussicht stellt. Dies wird allerdings von der Administration bisher kategorisch abgelehnt.

## **6. Senat lehnt Erhöhung des Mindestlohns ab**

Der Senat hat Anfang März 2005 zwei konkurrierende Vorschläge zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte um die Novellierung des Insolvenzrechts für private Verbraucher (siehe Punkt 4) hatte Senator Edward M. Kennedy (D-Mass.) einen Gesetzeszusatz eingebracht, der den Mindestlohn in den kommenden zwei Jahren schrittweise von 5,15 USD auf 7,25 USD angehoben hätte.

Kennedy verwies darauf, dass der Mindestlohn seit 1996 nicht angehoben worden ist. Republikanische Kritiker der Vorlage wandten jedoch wie in den Vorjahren ein, die Anhebung des Mindestlohns bedrohe Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich.

Für Kennedys Änderungsantrag stimmten 46 Senatoren, darunter 4 Republikaner sowie der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (Vt.), dagegen sprachen sich 49 Republikaner aus.

Von den 5 abwesenden Senatoren unterstützen 4 Kennedys Vorstoß. Doch auch mit diesen Stimmen hätte die Vorlage die einfache Mehrheit (51 Stimmen) verfehlt. Zudem erforderte die Geschäftsordnungsvereinbarung für die Beratung der Insolvenz-Novelle eine Mehrheit von 60 Stimmen für die Annahme von Änderungsanträgen.

Ein Alternativvorschlag des republikanischen Senators Rick Santorum (R-Pa.), der den Mindestlohn in den nächsten 18 Monaten auf 6,25 USD angehoben hätte, verfehlte mit 38 gegen 61 Stimmen ebenfalls die notwendige Mehrheit.

Doch selbst bei Annahme eines der beiden Zusatzanträge wäre es unwahrscheinlich gewesen, dass die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus die Zusatzbestimmung zum Insolvenzgesetz akzeptiert hätte.

Die hauptsächlich demokratischen Befürworter der Anhebung des Mindestlohns hatten nach eigenem Bekunden ohnehin nicht mit einer Annahme ihres Vorschlags gerechnet. Vielmehr wollten sie das Thema in der öffentlichen Diskussion halten und ein Schlaglicht auf die sozialpolitischen Versäumnisse der republikanischen Mehrheit werfen (vgl. CR 1/2005, S. 6).

## **7. Wachsender Widerstand gegen Medicaid-Kürzungen**

Gegen die von Präsident Bush im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen vorgeschlagenen Kürzungen der Ausgaben für das gemeinsame Krankenversicherungsprogramm des Bundes und der Einzelstaaten für einkommensschwache Familien, Medicaid, regt sich unter Gouverneuren wie im Congress wachsender Widerstand.

Bereits Anfang März 2005 haben Gouverneure beider Parteien, die am Rande der Winter-Tagung der *National Governors Association* Gespräche mit Vertretern der Administration und des Congress geführt hatten, ihre Vorbehalte gegen das Sparkonzept des Präsidenten deutlich gemacht.

Die Gouverneure befürchten, dass die von der Administration vorgeschlagene Strategie, deutliche Einschnitte in die Zuwachsraten der *Medicaid*-Ausgaben mit größerer Flexibilität in der Programmverwaltung zu kombinieren, nicht in Effizienzgewinnen resultiert, sondern in eine Verlagerung der Verantwortung für Kürzungen auf die Einzelstaaten mündet.

Obwohl grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, dass die *Medicaid*-Ausgaben, die in den zurückliegenden Jahren Zuwachsraten von mehr als 10 Prozent verzeichnet haben, nicht unkontrolliert weiter steigen können, wollen die Gouverneure nicht ohne konkre-

tere Vorstellungen über versorgungsneutrale Einsparpotenziale Vereinbarungen mit dem Bund treffen.

Der Senat hat Mitte März auch in Reaktion auf die Proteste der Gouverneure die vorgesehenen Einschnitte in die Bundeszuschüsse in Höhe von 14 Mrd. USD über fünf Jahre aus der mittlerweile verabschiedeten Budget-Resolution (siehe Punkt 1) herausgenommen.

Der von Senator Gordon H. Smith (R-Ore.) eingebrachte Antrag auf Streichung der Kürzungsvorgaben wurde mit 52 gegen 48 Stimmen angenommen. Mit der geschlossenen demokratischen Fraktion stimmten der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (Vt.) und sieben Republikaner für die Streichung.

Die Senatsabstimmung ist nicht nur ein herber Rückschlag für das Sparprogramm der Administration, sondern steht auch im Gegensatz zu den von der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus gesetzten Rahmenvorgaben für den Bundeshaushalt 2006. Die Budget-Resolution des Repräsentantenhauses empfiehlt Kürzungen bei *Medicare* in Höhe von 20 Mrd. USD.

Konservative Abgeordnete machen aus ihrem Unmut über die Entscheidung ihrer Senatskollegen keinen Hehl und drohen damit, bei fehlendem Sparwillen die Aushandlung einer gemeinsamen Budget-Resolution scheitern zu lassen.

## **8. Senatsausschuss blockiert Emissionsgesetz**

Der Umweltausschuss des Senats hat Anfang März 2005 mit 9 gegen 9 Stimmen die Vorlage eines von der Bush-Administration unterstützten Gesetzesentwurfes zur Reduzierung von Schadstoffemissionen (Clear Skies Act, S 131) blockiert.

Die Gesetzesvorlage ist ein zentrales Element der Umweltpolitik der Bush-Administration (vgl. CR 6/2004, S. 5) und zielt darauf, durch die Zulassung des Handels von Verschmutzungsrechten das Emissionsrecht industriefreundlicher zu gestalten.

Gegen den Gesetzentwurf stimmten neben den demokratischen Mitgliedern des *Environment and Public Works Committee* der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (Vt.) sowie Lincoln D. Chafee (R-R.I.), der zum linken Flügel der Republikanischen Partei gehört.

Chafee liegt mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, James M. Inhofe (R-Okla.), im Grundsatzstreit über die Beschränkung von Kohlendioxid-Emissionen, die für das Phänomen der Erderwärmung verantwortlich gemacht werden. Inhofe weigerte sich, Chafees Forderungen in der Gesetzesvorlage aufzugreifen.

Die demokratischen Kritiker des Entwurfs halten zudem die vorgesehenen Obergrenzen für Schwefeldioxid-, Stickstoffoxid- und Blei-Emissionen für zu hoch und die Ausnahmeregelungen für zu weitgehend.

Die Blockade der Gesetzesvorlage, der von Präsident Bush eine hohe Priorität zugemessen wird, stellt die Mehrheitsfähigkeit des Umweltschutz-Konzepts der Administration generell in Frage, obwohl die republikanische Senatsfraktion aus den zurückliegenden Wahlen gestärkt hervorgegangen ist.

Der Vorsitzende des *Senate Energy and Natural Resources Committee*, Pete V. Domenici (R-N.M.), hat angedeutet, er werde möglicherweise versuchen, das Emissionsgesetz als Teil der anhängigen Gesetzgebung zur Energieversorgung erneut zur Debatte zu stellen. Doch die Energiepolitik der Administration ist unverändert kontrovers und ungeachtet der republikanischen Mehrheiten ist die Verabschiedung noch nicht gesichert (siehe auch Punkt 3).

## **9. Republikaner drohen mit Einschränkung des *Filibuster***

Im Senat hat *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) den Demokraten unverhohlen damit gedroht, das Recht zum *Filibuster* einzuschränken.

Gemeint ist das im Senat gepflegte Privileg uneingeschränkter Redezeit, das von der Minderheit dazu genutzt werden kann, um eine Entscheidung durch Dauerreden zu blockieren. Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen, um ein solches *Filibuster* auf dem Wege des *Cloture* zu beenden.

Hintergrund der Drohung bildet die parteipolitisch scharf geführte Auseinandersetzung um die Bestätigung der Nominierung konservativer Bundesrichter durch Präsident Bush, die von den Demokraten in der Vergangenheit immer wieder mittels *Filibuster* blockiert wurde.

Dies hat dazu geführt, dass bisher 10 von Bush vorgeschlagene konservative Bundesrichter vom Senat nicht bestätigt werden konnten. Frist droht nun damit diese Blockade zu beenden, indem er das Quorum zur Beendigung eines *Filibuster* für Richterandidaten von einer Dreifünftelmehrheit (60 Stimmen) auf eine einfache Mehrheit (51 Stimmen) absenken will. Die Republikaner verfügen im Senat derzeit über 55 Sitze und wären damit jederzeit in der Lage den Blockadetaktiken der Demokraten einen Riegel vorzuschieben.

Freilich wäre damit ein Frontalangriff auf eines der ehernen Gesetze des Senats verbunden, dass in der Vergangenheit auch von den Republikanern immer wieder dazu genutzt wurde, um politisch unliebsame Nominierungen für ein Bundesrichteramt zu blockieren. In den Vereinigten Staaten ist die Arbeitsweise des Senats traditionell dem

Schutz der Minderheit verpflichtet, wofür das *Filibuster* steht, so dass 41 Senatsmitglieder Gesetzesinitiativen der Mehrheit jederzeit stoppen können.

Die Demokraten haben nun damit gedroht, die Arbeit des Senats zum Erliegen zu bringen, sollten die Republikaner die Drohung der Einschränkung des *Filibuster* in die Tat umsetzen. Der Demokrat Edward M. Kennedy (Mass.) forderte die Republikaner in diesem Zusammenhang auf ihre „Drohung einer nuklearen Option aufzugeben“.

Einen Anhaltspunkt über die Bereitschaft zur weiteren parteipolitischen Polarisierung in der Frage des *Filibuster* wird die Nominierung von William G. Myers geben. Myers war von Präsident Bush für einen Sitz des U.S. Court of Appeals for the 9th District nominiert und im vergangenen Jahr von den Demokraten blockiert worden. Am 17. März 2005 hat sich nun der Rechtsausschuss des Senats mit 10:8 Stimmen für die Nominierung von Myers ausgesprochen.

## **10. Sarbanes kündigt Rückzug aus dem Senat an**

Im Senat hat Mitte März 2005 der Demokrat Paul S. Sarbanes (Maryland) seinen Rückzug aus der Politik zum Ablauf der 109. Legislaturperiode 2006 angekündigt. Mit dem 72-jährigen Sarbanes scheidet einer der dienstältesten Demokraten aus, der 1976 erstmals in den US-Senat gewählt wurde.

Obwohl Maryland traditionell für die demokratische Partei stimmt und auch der zweite Senatssitz des Bundesstaates von der Demokratin Barbara Mikulski gehalten wird, kündigten die Republikaner eine kraftvolle Kampagne um den „open seat“ im Wahljahr 2006 an.

Neben Sarbanes haben auch der Demokrat Mark Dayton und der Republikaner Bill Frist ihren Rückzug aus dem Senat mit Ablauf der 109. Legislaturperiode angekündigt. Dayton musste geringe Chancen für eine Wiederwahl befürchten. Frist, der derzeitige Mehrheitsführer im Senat, hatte bereits bei seiner Erstwahl 1994 angekündigt, dass er sich nach maximal zwei Wahlperioden, also zwölf Amtsjahren, aus dem Senat zurückziehen will. Der frühere Herzchirurg gilt als möglicher Kandidat für eine Präsidentschaftskandidatur 2008.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern